

Australien steht vor dem Abschwung. Das Gastland des nächsten G-20-Gipfels hat sich auf einen Boom verlassen, der nun endet

VON BARBARA BIERACH

# Das

**G**ina Rinehart wäre fast die reichste Frau der Welt geworden. Auf der Liste der vermögendsten Menschen, die das amerikanische Magazin *Forbes* erstellt, kam die australische Chef von Hancock Prospecting noch 2010 auf zwei Milliarden US-Dollar Privatvermögen. Zwei Jahre später waren es schon 18 Milliarden. Eine Zeit lang sah es so aus, als würde die märchenhafte Kapitalvermehrung »made in Australia« einfach so weitergehen.

Doch die Weltwirtschaft kennt keine Märchen. Inzwischen schätzt *Forbes* Rineharts Kontostand auf 15 Milliarden US-Dollar.

Schuld ist die Flaute im Bergbau – und besonders der Preissturz beim Eisenerz. Das ist nicht nur die Grundlage von Rineharts Vermögen, sondern auch Australiens wichtigstes Exportgut. Die weltweite Nachfrage nach Stahl und die Bauwut in China lassen nämlich nach. Die Tonne Eisenerz kostete im Oktober knapp 80 US-Dollar, ein Drittel weniger als noch zu Jahresbeginn.

Das Ende der chinesischen Gier nach Erz beutelt jedoch nicht nur die australischen Minenkonzerne wie BHP Billiton, Rio Tinto, Fortescue Metals oder Atlas Iron, die viel Eisenerz fördern und allein im September zusammen 29 Milliarden US-Dollar an Börsenwert verloren haben. Betroffen ist die gesamte australische Volkswirtschaft. Die hat sich nämlich allzu lange auf einen scheinbar nie endenden Rohstoffboom verlassen. Nun steckt sie in der Klemme.

Mit den Minen leiden beispielsweise die Zulieferbetriebe und die Baubranche, die für die Errichtung der Infrastruktur verantwortlich ist. Betroffen sind auch Fluggesellschaften wie Qantas oder Alliance Aviation, die eine bislang stets steigende Anzahl von Bergarbeitern in die meist abgelegenen Minenregionen und wieder nach Hause transportierten. Sogar Pacific Bonds, ein Hersteller von Arbeitskleidung für Bergarbeiter, klagt, dass er auf seinen Waren sitzen bleibe. Fast der ganze Kontinent hängt am Bergbau. Er profitierte – und leidet nun mit. Dementsprechend schätzen Volkswirte, dass die Steuereinnahmen des Landes um zehn bis 15 Milliarden australische Dollar sinken werden, was rund zehn Milliarden Euro entspricht. Besonders gebeutelt ist der Bundesstaat West Australia, wo der Bergbau zuletzt für 19 Prozent der Staatseinnahmen sorgte. Mit jedem US-Dollar, den der Eisenerzpreis einbüßt, verliert die Regierung in Perth knapp 50 Millionen australische Dollar an Lizenzgebühren und Steuern. Die Ratingagentur Moody's hat dem Land daher bereits im August die begehrte Bonitätsnote AAA aberkannt.

Nun ergeht es ganz Australien so ähnlich wie Gina Rinehart. Dem Better Life Index der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) von 2013 zufolge war Australien das glücklichste Land unter allen 36 untersuchten Industrienationen. In einer Wirtschaft, die seit 21 Quartalen nur Wachstum kannte, hatten 73 Prozent aller Leute zwischen 15 und 64 einen bezahlten Job, während der Durchschnitt der OECD-Mitgliedsländer bei 66 Prozent lag. Auch die aus-

tralischen Haushaltseinkommen lagen im vergangenen Jahr klar über dem Mittel.

Die jüngsten Zahlen der OECD vom September dieses Jahres jedoch sehen anders aus. Die Arbeitslosigkeit ist mit 6,4 Prozent auf dem höchsten Stand seit zwölf Jahren, die Einkommen sinken: Inflationsbereinigt fielen die Stundenlöhne im vergangenen Jahr um einen halben Prozentpunkt. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), das im dritten Quartal 2012 noch 4,3 Prozent betrug, hat sich im Vergleichszeitraum zwei Jahre später auf 3,1 Prozent abgebrems.

Wie soll es weitergehen? Der Boom hat zwar nachgelassen, doch Schätzungen zufolge wird China noch bis 2025 leicht steigende Mengen an Eisenerz nachfragen. Der Preis pro Tonne dürfte sich zeitweise erholen, schätzen die Bergbauexperten des Finanzhauses Morgan Stanley, aber nicht mehr an alte Spitzenstände heranreichen. Alberto Calderon, ehemals Vorstandsmitglied bei BHP, glaubt deswegen, dass sich Australien von seinem Fokus auf den Bergbau verabschieden müsse. Das Land wäre besser beraten, den Chinesen künftig mehr Fleisch, Getreide, Kupfer und Energie zu verkaufen.

Doch mit Energie ist vor allem Kohle gemeint, Australiens zweitwichtigstes Exportgut nach Eisenerz. Auch dieser Markt leidet unter Preisverfall. Im Oktober hat China – Australiens wichtigster Handelspartner und Abnehmer von einem Viertel der exportierten Kohle – zudem neue Zölle auf Schwarz- und Braunkohle angekündigt. Die Carbon Tracker Initiative, ein Non-Profit-Institut, das sich mit der Bildung von Preisen für klimarelevante Rohstoffe beschäftigt, rechnet ohnehin mit einer sinkenden Kohlenachfrage in China von 2016 an. Dann dürfte auch dieser Pfeiler der australischen Wirtschaft wegbrechen.

Nun gleich eine »Budgetkrise« auszurufen, wie es die vor gut einem Jahr gewählte konservative Regierung unter Tony Abbott tut, scheint jedoch übertrieben. Schließlich liegt das australische Haushaltsdefizit bei zwei Prozent und die Nettoverschuldung der öffentlichen Hand bei 15 Prozent des BIP. Zum Vergleich: Großbritannien sitzt auf einem Defizit von zehn und einer Nettoschuld von 60 Prozent des BIP.

Eine Kriegskasse, aus der sich Innovations- oder Investitionsprogramme fi-

nanzieren ließen, gibt es in Australien allerdings nicht. Canberra hat es nach Auffassung vieler Kritiker versäumt, die großen Gewinne der Mininggesellschaften in guten Zeiten angemessen zu besteuern. Eine erst 2012 von der Vorgängerregierung eingeführte erhöhte Abgabe für die Bergbaubetriebe wurde von der jetzigen Abbott-Regierung wieder abgeschafft. Die glaubt ohnehin nicht an Konjunkturprogramme oder Subventionen und hat daher unter anderem die Förderprogramme zusammengestrichen, die der Automobilindustrie zugutekamen. Die Folge: Toyota, General Motors und Ford beschlossen, ihre Produktionsanlagen in Australien zu schließen.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der australischen Wirtschaft zu stärken, hat sich die Regierung gleichzeitig entschlossen, Forschungs- und Entwicklungsprogramme mit 400 Millionen australischen Dollar zu unterstützen. Gefördert

werden sollen fünf Felder, in denen Australien bereits Kompetenzen hat: Agrokultur und Lebensmittelproduktion, Bergbauausrüstung, Dienstleistungen, Energieproduktion sowie Medizintechnik und Pharma. Forschung soll künftig im Zentrum der Industriepolitik stehen. Kritiker müssen da allerdings lachen, denn erst vor wenigen Wochen hat die gleiche Regierung den bestehenden Universitäten, Forschungseinrichtungen und Innovationsprogrammen der Industrie neun Milliarden australische Dollar aus den Budgets gestrichen.

Jetzt starrt alles auf die Währung, weil die Bewertung des australischen Dollar für gewöhnlich immer dann sinkt, wenn der Bergbau schwächelt. »Ein niedriger Dollar würde Australiens Versuch unterstützen, das Wachstum neu auszurufen, weg vom Bergbau, hin zu anderen Sektoren«, meint Paul Bloxham, Chefökonom der Bank HSBC im Land. Doch immer noch bewegt der Kurs sich um 87 US-Cent – was »im historischen Vergleich hoch« sei, wie Glenn Stevens einräumt, der Chef der Reserve Bank of Australia RBA. Schätzungen der *Australian Financial Review* zufolge müsste der australische Dollar um acht Prozent sinken, damit sich ökonomisch was bewegt.

Dass der australische Dollar aber vergleichsweise stabil bleibt, hängt auch damit zusammen, dass Australien wohlbehalten durch die jüngste Finanzkrise kam und sowohl Rezession als auch Bankenpleiten vermeiden konnte. Die vier großen Banken des Landes – Commonwealth Bank, NAB, Westpac und ANZ Bank – gehören sogar zu den Profitabelsten der Welt. Das seit 15 Monaten stabile Leitzinsniveau von 2,5 Prozent ist zwar kein Rezept zum Reichwerden, doch im Vergleich zur Negativzinspolitik in der EU erscheint es vielen Anlegern noch attraktiv.

Notenbankchef Stevens würde nun den Leitzins gern senken, um der Wirtschaft zu helfen und weniger ausländisches Kapital anzulocken. Das aber stößt auf Widerstand, weil sich dank der vergleichsweise niedrigen Hypothekenzinsen eine gewaltige Blase auf dem Immobilienmarkt aufgebaut hat. Gemessen am Haushaltseinkommen, gehören Australiens Hauspreise zu den höchsten der Welt, wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich jüngst festgestellt hat. Zahlen des Australian Bureau of Statistics zeigen, dass die durchschnittliche Belastung durch Immobilienkredite seit 2011 um 38,5 Prozent gestiegen ist, das Haushaltseinkommen aber nur um 20 Prozent.

Kurz, das Gastland des bevorstehenden G-20-Gipfels ist nicht gerade in glänzender ökonomischer Verfassung. Immerhin hat es Finanzminister Joe Hockey beim Treffen seiner G-20-Amtskollegen im September geschafft, alle auf ein Wachstumsziel von zwei Prozent einzuschwören und über höhere Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen zu diskutieren. Sollte es gelingen, beim bevorstehenden Gipfel der Regierungschefs Mitte November eine Reihe realistischer Maßnahmen zu formulieren, die Wachstum für die Weltwirtschaft versprechen, könnte dieses Treffen als eines der erfolgreicher in die Geschichte eingehen.

Doch statt sich auf das Geschäft zu konzentrieren, verhält sich Australiens Premierminister Abbott wie eine streitlustige Gina Rinehart. Die ist weit über die Grenzen des Landes bekannt dafür, ständig in gerichtsnotorische Händel mit ihren Kindern und Geschäftspartnern verwickelt zu sein. Abbott drohte dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bereits an, er werde ihn in Brisbane wie ein Rugbyspieler attackieren und am Hemd packen, weil in der über der Ukraine abgeschossenen Maschine von Malaysia Airlines auch 38 australische Bürger saßen.



Eisenerz-Tagebau in der westaustralischen Region Hamersley Range

## Australien in Zahlen

Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2013

Einwohner:	23,5 Mio.
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf:	64 863 US-\$
Staatsverschuldung (in % vom BIP):	13,5
Arbeitslosenquote (offiziell):	5,7 %
Inflationsrate:	2,5 %
Wachstum:	2,4 %



ZEIT-GRAFIK/Quelle: Germany Trade & Invest

ANZEIGE

## Aufklärer gesucht!

## HERBERT QUANDT MEDIEN-PREIS 2015

### Ihre Bewerbung

Haben Sie im Jahr 2014 im Bereich Print, Hörfunk, Fernsehen oder im Internet eine außergewöhnliche Arbeit zu einem Thema aus der Wirtschaft veröffentlicht? Dann bewerben Sie sich jetzt für den mit 50.000 Euro dotierten Herbert Quandt Medien-Preis 2015! Spannende Reportage, hintergründige Dokumentation oder innovatives Erklärstück – preiswürdig ist neben sorgfältiger Recherche und Deutung von Fakten die Qualität Ihres Beitrags in Sprache, Stil und Allgemeinverständlichkeit. Bitte reichen Sie Ihre Bewerbung – inklusive Kurzvita – auf dem Postweg ein. Printbeiträge können Sie uns auch per E-Mail zukommen lassen.

### Ihre Empfehlung

Vielleicht hat Ihnen ein journalistischer Beitrag besonders gefallen und Sie wollen ihn unserer Jury empfehlen? Dann weisen Sie uns darauf hin! Wenn Ihre Empfehlung mit dem Medien-Preis ausgezeichnet wird, bedanken wir uns mit einer Überraschung bei Ihnen.

### Unsere Stiftung

Die Johanna-Quandt-Stiftung setzt sich für ein breites allgemeines Verständnis von Unternehmertum und Marktwirtschaft ein. Sie vergibt alljährlich den Medien-Preis in Erinnerung an den Unternehmer Dr. Herbert Quandt, fördert den Dialog zwischen Medien und Wirtschaft und qualifiziert Journalistinnen und Journalisten, die sich in ihrer Arbeit mit Wirkung und Bedeutung von Unternehmen und Unternehmern auseinandersetzen.

Einsendeschluss ist der 31. Dezember 2014.

Johanna-Quandt-Stiftung | Günther-Quandt-Haus · Seesammweg 55 | 61352 Bad Homburg v. d. Höhe  
Telefon 06172 404-342 | Telefax 06172 404-420 · E-Mail info@johanna-quandt-stiftung.de · www.johanna-quandt-stiftung.de